29, 10, 90

Sachgebiet 57

Änderungsantrag

der Fraktion DIE GRÜNEN/Bündnis 90

zu der Beschlußempfehlung und dem Bericht des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuß)

- Drucksache 11/7958 -
- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Ehmke (Bonn), Heistermann, Horn, Erler, Fuchs (Verl), Gerster (Worms), Dr. Klejdzinski, Kolbow, Koschnick, Leonhart, Steiner Zumkley, Dr. von Bülow, Gansel, Dr. Götte, Kühbacher, Leidinger, Nagel, Opel, Dr. Scheer, Schulte (Hameln), Voigt (Frankfurt), Wiefelspütz, Walther, Dr. Ahrens, Dr. Struck, Dr. Hauchler, Börnsen (Ritterhude), Dr. Niehuis, Würtz, Faße, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD
 - Drucksache 11/5665 -
- b) zu dem Antrag des Abgeordneten Dr. Lippelt (Hannover) und der Fraktion DIE GRÜNEN
 - Drucksache 11/6804 —

Überprüfung und Aufhebung des Soltau-Lüneburg-Abkommens

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beschlußempfehlung wird wie folgt geändert:

Die Anträge in den Drucksachen 11/5665 und 11/6804 werden in folgender Fassung angenommen:

Im Lichte der Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses, in Kenntnis des Schlußdokuments der 2+4-Gespräche, in Kenntnis des Kabinettsbeschlusses der britischen Regierung vom 25. Juli 1990, wonach die Britische Rheinarmee in der Bundesrepublik Deutschland von derzeit rund 57 000 Soldaten bis 1995 auf zwischen 20 000 und 25 000 Soldaten verringert werden soll,

— stellt der Deutsche Bundestag fest, daß es endlich an der Zeit ist, die durch den Soltau-Lüneburg-Vertrag geschaffene Anomalie eines von einer Zivilbevölkerung von rund 26 000 Menschen bewohnten Truppenübungsplatzes zu beenden.

Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung

 nach Artikel 82 (b) bzw. 82 (c) (ii) des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut eine Überprüfung des Soltau-Lüneburg-Abkommens zu verlangen mit dem Ziel seiner alsbaldigen Kündigung.

Bonn, den 29. Oktober 1990

Frau Birthler, Hoss, Frau Dr. Vollmer und Fraktion